

Siegerarbeiten von „Textiles verbindet“

Die Siegerarbeiten des Schülerwettbewerbs Gestalten mit textilen Materialien 2007/2008 werden vom 21. bis 27. April im Regierungspräsidium am Rondellplatz präsentiert. Der Schülerwettbewerb wurde von der Initiative Handarbeit in Zusammenarbeit mit dem Fachverband Textilunterricht e.V. ausgeschrieben und vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg unterstützt. Am Wettbewerb beteiligen konnten sich alle Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen in Baden-Württemberg.

Morgen, 21. April, um 10.30 Uhr, wird Schulpräsident Werner Schnatterbeck im Regierungspräsidium die Preise übergeben. Die Ausstellung „Textiles verbindet“ ist vom 21. bis 27. April von 11 bis 18 Uhr bei freiem Eintritt im Regierungspräsidium Karlsruhe am Rondellplatz, Karl-Friedrich-Straße 17, zu sehen. SO

Zog die NPD schon in Durlach ein?

Neuer Ärger für die Anwohner des Hauses Badener Straße 34 in Karlsruhe-Durlach: Nachdem das von den Nachbarn unbeliebte Bordell endlich ausgezogen war, gibt es jetzt nicht verstummende Gerüchte, die NPD wolle das Haus künftig als Partei- und Schulungszentrum nutzen – und dies, obwohl die Stadt unlängst extra den Bebauungsplan änderte, um dies zu verhindern. „Diese Aktion erwies sich als untauglich“, schreiben die Karlsruher „Autonomen Antifaschisten (Antifa)“ in einer Pressemitteilung.

Die rechtsextreme Partei nutze das Haus nämlich „bereits seit Ende März als nationales Kultur- und Parteizentrum. Als Parteibüro werde es „zur logistischen Zentrale für den baden-württembergischen Kommunalwahlkampf 2009 ausgebaut und dürfte sich“, so die Antifa, „zum Anziehungspunkt

für NPD-Funktionäre und rechtsextreme Kameradschaften aus ganz Baden-Württemberg entwickeln.“

Die Polizei hat gegenüber den Badischen Neuesten Nachrichten bestätigt, es gebe eindeutige Hinweise darauf, dass sich zumindest am 13. April Personen aus der rechten Szene in dem Haus aufgehalten hätten. Die Polizei sei damals von Nachbarn angerufen worden und habe vor dem Haus zwei Personen kontrolliert.

Die Stadtverwaltung Karlsruhe betonte, sie wisse nicht, ob es einen Mietvertrag des neuen Eigentümers mit der NPD gebe. Der Anwalt des Eigentümers habe dies dementiert. Laut Stadtverwaltung behalten die Ordnungskräfte das Haus, dessen Fassade in der Nacht auf Donnerstag beschmiert worden war, gezielt „im Auge“. Wieder aufgehoben wurde nach

Auskunft des Bauordnungsamtes der Stadt Karlsruhe die amtliche Versiegelung des Gebäudes. Der Hauseigentümer habe dies verlangt, um Sanierungsarbeiten nach einem Wasserrohrbruch abschließen zu können. Der Kenntnisstand der Stadt reiche derzeit nicht aus, um juristisch tätig zu werden, sagte der städtische Pressesprecher Bernd Wnuck gegenüber den BNN. Einschreiten könne die Stadt nur dann, wenn die jüngst im Eilverfahren vorgeschriebene reine Wohnnutzung verletzt wurde. Oder aber, wenn Nachbarn durch Lärm belästigt würden.

Gleichwohl befürchtet die Antifa, das Haus könne sich zum Anziehungspunkt für NPD-Funktionäre und rechtsextremistische Kameradschaften entwickeln. Eine Veranstaltung mit 50 Neonazis habe in dem Haus bereits stattgefunden. SO